

Rede zur Demo am 17.9. in Leipzig

– *Dominik Piétron, Netzwerk Vorsicht Freihandel*

Liebe Kritiker_innen der Freihandelsideologie,

Magdeburg, Hettstedt, Halle, Gotha, Erfurt, Gera, Zschopau, Dresden, Sangerhausen, Döbeln, Chemnitz, Weißenfels, Naunhof und Leipzig – all diese Städte aus Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt haben in den letzten zwei Jahren mit Beschlüssen und Resolutionen ihre Ablehnung gegenüber den Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TiSA zum Ausdruck gebracht.

Was wir gerade erleben, ist die größte Bewegung von Kommunen, die Europa je gesehen hat. In ganz Europa sind es inzwischen mehr als 2000 TTIP-und-CETA-freie-Kommunen. Sie stellen sich offen gegen die von oben verordnete neoliberale Politik der Deregulierung und Privatisierung!

Und es ist wichtig, dass sie das tun. Denn die Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TiSA sind darauf ausgerichtet, unsere öffentliche Daseinsvorsorge der Herrschaft des Marktes zu unterwerfen. Ich rede hier von sozialem Wohnungsbau, Wasserver- und -entsorgung, dem öffentlichen Personen-Nahverkehr und dem öffentlichen Straßennetz, ich rede von Krankenhäusern, Kindergärten, Sportstätten und der Kulturförderung. Wir müssen uns bewusst machen, dass all diese unersetzlichen gesellschaftlichen Institutionen nur deshalb *für alle* zugänglich sind, weil sie im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge von den Kommunen subventioniert werden!

Unsere neoliberalen Intellektuellen wollen den öffentlichen Sektor zurückdrängen. Sie wittern neue Profite – immerhin macht die öffentliche Beschaffung mit über 2 Billionen € fast *ein Sechstel* des europäischen Bruttoinlandsprodukts aus. Die öffentliche Daseinsvorsorge verspricht Milliardengewinne.

Aber wir schauen uns die gescheiterten Privatisierungen der Wassernetze in Berlin oder Paris an oder sprechen im Krankenhaus mit überlasteten PflegerInnen, und wir merken: Die Sicherstellung einer flächendeckenden Grundversorgung mit lebenswichtigen öffentlichen Gütern in guter Qualität für alle verträgt sich nicht mit dem Gewinnmaximierungsprinzip der Privatwirtschaft!

Aber wie schränken die Freihandelsabkommen konkret die Handlungsfreiheit von Städten und Gemeinden ein? Lassen Sie mich anhand von drei Beispielen kurz die Instrumente der Liberalisierung erläutern.

1. Das Verbot von Subventionen

In Kapitel 9 des CETA-Vertrags ist eine allgemeine Liberalisierungspflicht verankert. Damit ist jede Subvention von Kommunen an die Träger der öffentlichen Daseinsvorsorge verboten. Will eine Kommune weiterhin lokale Seniorenwohnheime, Sportstätten oder Volkshochschulen finanziell unterstützen, um gute Qualität zu günstigen Preisen anzubieten, dann wäre das im neoliberalen Neusprech eine Diskriminierung von privaten Marktteilnehmern.

Das Verbot von Subventionen führt zu einer schleichenden Privatisierung unserer Daseinsvorsorge! Krankenhäuser oder der öffentliche Personen-Nahverkehr dürfen nicht dem Gewinnmaximierungs-Prinzip der Privatwirtschaft unterworfen werden!

2. Die generelle Liberalisierungspflicht

Ja liebe Politiker_innen, die ihr uns beschwichtigen wollt – es gibt wohl Ausnahmen von der Liberalisierungspflicht. Aber auch hier reicht *ein* Blick in den Vertragstext, um zu erkennen: die vermeintlichen Ausnahmen sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein!

Bei früheren Handelsabkommen wurden alle Dienstleistungen, die liberalisiert werden sollten, extra aufgelistet. CETA dreht den Spieß um. Jetzt sollen generell alle Bereiche der Daseinsvorsorge liberalisiert werden. Extra aufgelistet werden *nur* noch die Ausnahmen. Es gilt das Prinzip: „Nenne oder verliere es“. Ich frage euch: Wie kann es sein, dass ein paar EU-Verhandlungsführer_innen hinter verschlossenen Türen entscheiden, welche Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge erhalten bleiben sollen und welche nicht?

Dummerweise haben sich die Grauen Damen und Herren in Brüssel gegen den Schutz vieler Bereiche der Daseinsvorsorge entschieden. Überhaupt nicht geschützt werden: die Abwasserentsorgung, die Abfallwirtschaft, Verkehr und Transport, öffentliche Beleuchtung, gemeinnütziger Wohnungsbau und die Energienetze. Diese Bereiche sind nicht ausgenommen. Das ist ein Skandal!

Die CETA-Negativliste ist ein Flickenteppich. Sie bietet bei weitem keinen ausreichenden Schutz für unsere öffentliche Daseinsvorsorge. Wenn die Befürworter von CETA nun immer noch behaupten, für die öffentliche Daseinsvorsorge bestünde keine Gefahr, dann ist das die Unwahrheit.

3. Der Investitionsschutz als Rammbock der Liberalisierung

Dem Investorenschutz sind ausnahmslos alle Bereiche der Daseinsvorsorge unterworfen. Das Beispiel der mexikanischen Gemeinde Guadalupe, die zu 16,6 Millionen Dollar verurteilt wurde, sollte uns eine Lehre sein: Weil die Gemeinde eine geplante Mülldeponie zum Naturschutzgebiet erklärte, klagte ein Konzern auf *indirekte Enteignung*. Die Eigentumsrechte von Investoren sind in CETA so exzessiv, dass sie eher ins feudale Mittelalter passen als zu einer Demokratie, die sich die Menschenrechte ins Grundgesetz schreibt!

Ich fasse zusammen:

CETA widerspricht grundlegend der Freiheit demokratisch gewählter

Regierungen, öffentliche Dienstleistungen im Interesse der Bürger_innen bereitzustellen, auszuweiten und zu regulieren – und TTIP und auch das fast fertig verhandelte Dienstleistungsabkommen TiSA sind da kein Stück besser. Aus Sicht der öffentlichen Daseinsvorsorge wären *alle* drei Abkommen ein Schritt in die vollkommen falsche Richtung.

Anstatt immer weiter in die Sackgasse des zerrütteten kapitalistischen Wirtschaftssystems zu laufen, müssen wir dem Markt endlich wieder Grenzen setzen! Der Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge zu einer sozialen Infrastruktur bietet riesige Potentiale für eine gerechtere Gesellschaft, mit echter Chancengleichheit.

Lasst uns gemeinsam für die Handlungsfähigkeit unserer Kommunen kämpfen.
Lasst uns CETA, TTIP und TiSA stoppen!

Wir wollen CETA – *Stoppen*

TTIP – Stoppen

TiSA – Stoppen

Marktradikalismus – Stoppen

Aber wir sind nicht *nur* gegen die Abkommen, zu so vielem rufen wir auch „Mehr davon“

Öffentliche Daseinsvorsorge – Mehr davon

Kommunale Selbstverwaltung – Mehr davon

Chancengleichheit – Mehr davon

Umweltschutz – Mehr davon

eine gerechte europäische Handelspolitik – Mehr davon

einen sonnigen Samstag Nachmittag – Mehr davon

- Vielen Dank!